



Antje Tillmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Berlin, 9. Februar 2011
Redaktion: Johannes Nehlsen

Antje Tillmann, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77019
Fax: +49 30 227-76497
antje.tillmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Erfurt:
Brühler Straße 4
99084 Erfurt
Telefon: +49 361 643 19 67
Fax: +49 361 644 78 59
antje.tillmann@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Weimar:
Erfurter Straße 12
99423 Weimar
Telefon: +49 3643 850 582
Fax: +49 3643 850 582

**Stellv. Vorsitzende des
Finanzausschusses**

**Mitglied im
Vermittlungsausschuss**

**Stellv. Mitglied im
Haushaltsausschuss**

SPD verhindert Entlastung der Kommunen

Wie die Thüringer CDU-Bundestagsabgeordnete Antje Tillmann, Mitglied im Vermittlungsausschuss, mitteilt, blockierte die Opposition im Vermittlungsausschuss trotz umfangreicher Zugeständnisse eine mögliche Einigung.

Trotzdem wird die Koalition am Freitag das Vermittlungspaket im Bundestag zur Abstimmung vorlegen. Auch der Bundesrat wird über das Paket abstimmen. Neben den bisher schon zugesagten Leistungen für kostenloses Schulessen, Nachhilfe und Teilnahme an Sport- und Kunstvereinen werden jetzt auch Kosten für Hortverpflegung und Schülerbeförderung für Schüler ab 15 Jahren bezahlt. Auch ist der Kreis der begünstigten Kinder erneut erweitert worden. Neben Kindern aus Hartz-IV-Familien sind jetzt auch Kinder, deren Eltern Wohngeld oder Kinderzuschlag beziehen, begünstigt.

Um Städte und Gemeinden zu entlasten, übernimmt der Bund zusätzlich die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in drei Schritten bis 2014 (2012: 45%, 2013: 75%, 2014: 100%).

Für die Kommunen wäre das Paket die größte Unterstützung durch den Bund in den vergangenen 20 Jahren. Sie würden in den nächsten vier Jahren um insgesamt 12 Milliarden Euro entlastet werden. Allein Erfurt weist in seinem Haushalt 2010 Kosten für Grundsicherung in Höhe von 9,4 Millionen Euro aus. Die Übernahme der Kosten für die Kinder entlasten den Erfurter Haushalt um fast zwei Millionen Euro.

„Oberbürgermeister Bausewein lässt keine Gelegenheit aus, darauf hinzuweisen, dass die christlich-liberale Koalition eine kommunalfeindliche Politik betreibe. Jetzt hat die SPD die Chance, mit uns nicht nur Hartz-IV-Empfängern und bedürftigen Kindern zu helfen, sondern auch die Kommunen massiv zu entlasten.“